

Protokoll:

Die Punkte 4 und 5 werden in verbundener Debatte aufgerufen. Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, der Haushaltsentwurf 2017 weise seit vielen Jahren erstmals im Ergebnishaushalt einen ausgeglichenen Haushalt auf und sei besser als jeder andere Haushalt der Oberzentren in Rheinland-Pfalz. Die ADD habe den Haushaltsentwurf dennoch beanstandet und aufgetragen, entweder die Realsteuern um 1 Mio. € zu erhöhen oder 1 Mio. € im freiwilligen Leistungsbereich einzusparen. Hiergegen habe der Stadtrat in seiner letzten Sitzung Widerspruch eingelegt. Da rechtliche Auseinandersetzungen allerdings lange dauern könnten und der Haushalt bis dahin nicht freigegeben werden dürfe, blieben 1 Mio. € im freiwilligen Leistungsbereich vorläufig gesperrt. Deshalb hätten die Fraktionen BIZ und SPD die Bitte geäußert, mit der ADD Verhandlungen dahingehend zu führen, dass die Stadt Koblenz die Vergnügungssteuer auf Glücksspielautomaten um 4 Punkte erhöhen werde, wenn im Übrigen für das Haushaltsjahr 2017 auf Steuererhöhungen seitens der ADD verzichtet werde. Im Haushaltsjahr 2017 bedeute dies Mehreinnahmen von 0,5 Mio. € und in 2018 von 1 Mio. € Unter anderem aufgrund der Verbesserungen im Vollzug des Haushaltes 2017 seien die Verhandlungen mit der ADD zu einem positiven Ergebnis gekommen. Er bittet den Stadtrat daher um Zustimmung zur Anhebung der Vergnügungssteuer. Dies ermögliche eine zeitnahe Freigabe des Haushaltes 2017.

Die BIZ-Fraktion bedankt sich für den Einsatz des Oberbürgermeisters bei der ADD. Sie stimme diesem Kompromiss gerne zu, insbesondere da die letzte Erhöhung der Vergnügungssteuer zu keinen negativen Auswirkungen geführt habe. Sie sei froh, dass nun die Auszahlung der freiwilligen Leistungen möglich werde.

Die SPD-Fraktion schließt sich dem an. Im Gegensatz zu Grund- und Gewerbesteuer, die letztendlich alle Bürger/innen belasteten, belaste die Vergnügungssteuer einen Bereich, bei dem es um das reine Vergnügen gehe.

Die AfD-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass die Verhandlungen gut geführt worden seien. Sie lehne grundsätzlich Steuererhöhungen ab, aber in diesem Fall werde sie für die Kompromissfindung zustimmen. Im nächsten Jahr werde man aber nicht mehr so kompromissbereit sein.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass die Vergnügungssteuer bereits im Laufe der Verhandlungen um den Haushalt 2015 mit der ADD erhöht worden sei. Diese Steuererhöhungen würden der Stadt durch die ADD auferlegt, ohne die mit großer Disziplin in den letzten Jahren betriebene Haushaltskonsolidierung sowie den guten Haushaltsentwurf 2017 entsprechend zu würdigen. Zudem erhalte die Stadt nicht die Mittel, die ihr zustehen würden. Da das Land seine Verpflichtung, alle Kommunen finanziell so auszustatten, dass eine Aufgabenerledigung vollumfänglich erfolgen kann, nicht wahrnehme, werde die CDU-Fraktion der Steuererhöhung nicht zustimmen. Die FDP-Fraktion stellt ebenfalls fest, dass sie keinen Steuererhöhungen zustimmen werde, solange Bund und Land ihren Pflichten im kommunalen Finanzausgleich nicht nachkämen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erklärt ihre Zustimmung zu dem Kompromiss, damit die Haushaltsgenehmigung erfolgen könne.

Die FBG-Fraktion führt aus, sie werde der Erhöhung der Vergnügungssteuer zustimmen, kritisiert allerdings die Vorgehensweise der ADD, die Stadt zur Sicherung des freiwilligen Leistungsbereichs zu Steuererhöhungen zu zwingen.